

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 17.11.2011	Beginn 17:00 Uhr	Ende 19:15 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Ferrara, Santo	Vertretung für Herrn Kirschner
Orentat-Steding, Ingrid	
Philipp, Gerd E.	
Schier, Klaus Peter	
Flüshöh, Oliver	
Kampschulte, Matthias	
Rüttershoff, Heinz-Joachim	
Rüttershoff, Karen	Vertretung für Herrn Hens
Poschmann, Jan	Vertretung für Herrn Stark
Schwunk, Michael	
Gießwein, Brigitta	
Rindermann, Horst	Vertretung für Herrn Gießwein - ab 17:05 Uhr
Kranz, Jürgen	
Feldmann, Jürgen	
Bockelmann, Christian Dr.	

Vorsitzender

Stobbe, Jochen	
----------------	--

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.	
Sartor, Christiane	

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Effert, Susanne	
Eibert, Peter	
Fischer, Rudolf	
Guthier, Wilfried	
Heringhaus, Petra	
Kaltenbach, Rosemarie	
Klos, Karlheinz	
Kuss, Jürgen	

Schweinsberg, Ralf	
Sormund, Frank	
Weidner, Gabriele	

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud	
-------------------	--

Abwesend:

Mitglieder

Kirschner, Thorsten	Vertretung durch Herrn Ferrara
Hens, Bernd	Vertretung durch Frau Rüttershoff
Stark, Wolfgang	Vertretung durch Herrn Poschmann
Gießwein, Marcel	Vertretung durch Herrn Rindermann

A Öffentliche Tagesordnung

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2011 und 29.09.2011	
4	Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung	
5	Mitteilungen	
6	Mündlicher Bericht - Trägerverein Schwelmebad	
7	Personalwirtschaftskonzept 2011 - 2022	181/2011/1
8	Antrag der FDP-Fraktion vom 02.11.2011 - Fortführung der Planungen zur B 483 n	214/2011
9	6. Änderungssatzung zur Satzung des VHS-Zweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW	199/2011/1
10	Änderung der Satzung der Stadt Schwelm über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen, Tagespflege und OGS	206/2011
11	Modellvorhaben "Kommunale Präventionsketten" des Landes NRW mit Beratung des Antrags des CDU-Fraktion vom 11.10.2011	207/2011
12	Mündlicher Bericht der Verwaltung zur Einrichtung eines Behindertenbeirates	
13	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
----------	--	--

Bürgermeister Stobbe begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
----------	---	--

Anschließend stellt Herr Stobbe fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung trägt er nachstehende beabsichtigte Ergänzungen bzw. Änderungen vor:

ZU VERSCHIEBENDE TOPE

Der TOP „Mitteilungen“ wurde in der Einladung versehentlich als TOP A 11 aufgeführt. Er muss unter dem TOP „Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung“ angesiedelt und somit zu TOP A 5 werden!

HINZUKOMMENDE VORLAGEN

Neu – VL 214/2011:

„Antrag der FDP-Fraktion vom 02.11.2011 - Fortführung der Planungen zur B 483 n“

↳ *Die Vorlage wurde zur Sitzung des AUS am 08.11.2011 versandt !*

Neu A 9 – VL 199/2011/1:

6. Änderungssatzung zur Satzung des VHS-Zweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW

↳ *Die Vorlage liegt auf den Tischen aus !*

Auf Nachfrage des Herrn Flühöh, ob nicht auch der gemeinsame Antrag auf Beschilderung von Halteverbotsbereichen aufgenommen werden müsse, erläutert Herr Stobbe, dass eigentlich sämtliche Vorlagen aus dem AUS für die Hauptausschusssitzung im Dezember vorgesehen seien, die Vorlage 214/2011 aber versehentlich für den heutigen Hauptausschuss ausgewiesen wurde.

Nach überwiegend signalisierter Zustimmung ruft der Bürgermeister zur Abstimmung über die Änderungen / Ergänzungen der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2011 und 29.09.2011	
----------	--	--

Die Niederschrift wird genehmigt !

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

4	Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung	
----------	--	--

keine

5	Mitteilungen	
----------	---------------------	--

Herr Schweinsberg teilt mit, dass die Verwaltung im nächsten Finanzausschuss vorschlagen werde, den Haushalt 2012 im März 2012 zu verabschieden und nicht wie bisher vorgesehen am 15.12.2011.

Grund für diese Entscheidung sei, dass zum Stärkungspaktgesetz bis Dezember keine neuen Fakten vorliegen werden. Der Landtag entscheide erst am 21.12.2011 über den Stärkungspakt. Der Kreis unterstütze die Haltung der Verwaltung.

Herr Stobbe ergänzt, dass die nächste Finanzausschusssitzung damit dann auch regulär um 17 Uhr beginnen könne.

Bürgermeister Stobbe weist darauf hin, dass die Einladungen zur diesjährigen Rats-Abschlussfeier in den Fächern liegen und er später hierzu noch etwas sagen werde.

6	Mündlicher Bericht - Trägerverein Schwelmebad	
----------	--	--

Herr Stobbe begrüßt Herrn Siepman vom Trägerverein Schwelmebad und bittet ihn um seinen angekündigten Sachstandsbericht.

Herr Siepman trägt daraufhin die Zahlen und deren Hintergründe für die vergangene Freibadsaison vor.

Die Besucherzahlen von 2008 an bis heute liegen bei rd. 100.000 Gästen, wobei die diesjährige Saison eher katastrophal war. Im Vergleich zu 2010 hatte der Trägerverein bei den zahlenden Gästen ein Minus von 38.700 € zu verzeichnen.

Insgesamt sind für 2011 55.000 € weniger Erlöse und rd. 13.800 € höhere Energiekosten festzustellen.

Offene Verbindlichkeiten an Lieferanten bestehen in Höhe von 49.500 €. Dem gegenüber stehen Mehrwertsteuerrückforderungen an das Finanzamt in Höhe von 10.000 €, so dass sich auch hier ein Defizit von rd. 39.500 € ergibt.

Was dieses Defizit angehe, sei der Trägerverein jedoch zuversichtlich, da sich zwei Sponsoren bereit erklärt haben, diese Lücke mit jeweils 20.000 € zu schließen. Das Jahr 2011 könne daher mit einer „schwarzen 0“ abgeschlossen werden.

Die Frage, ob der Trägerverein das Freibad im nächsten Jahr weiterführen könne, hänge von der finanziellen Entwicklung der nächsten Wochen ab.

Es stehen diverse Projekte in der Warteschleife. Herr Siepman schildert diese im Einzelnen ausführlicher.

Entgegen den Ausführungen in der Presse merkt er an, dass der Trägerverein Schwelmebad durchaus bereit sei, seine Arbeit fortzuführen. Die Fortführung müsse sich aber auf eine realistische Perspektive stützen können.

Zur Zeit wird die Arbeit so fortgesetzt, als gebe es im Mai nächsten Jahres wieder eine Öffnung.

Der Unternehmer, der sich als Investor für die geplante Kunststoffbahn, sowie die Beleuchtungs- und Beschallungsanlage erklärt habe, wünsche eine Sicherheit für 10 bis 15 Jahre.

Zur Verwendung der vom Rat der Stadt Schwelm bewilligten jährlichen 50.000 € Zuschuss führt Herr Siepman aus, dass man allein an Betriebskosten (59.590 €) und Pacht (3.500 €) insgesamt 63.090 € aufzubringen habe, in denen noch keine Personalkosten und Betriebsmittel enthalten seien.

Auf Nachfrage des Herrn Kranz und der Frau Gießwein sagt Herr Siepman zu, der Politik eine Aufstellung der von ihm vorgetragenen Zahlen und genannten Maßnahmen zukommen zu lassen.

7	Personalwirtschaftskonzept 2011 - 2022	181/2011/1
----------	---	-------------------

Herr Feldmann erkundigt sich nach der Auslegung des Wortes „unverzichtbar“ im zweiten Absatz auf Seite 3 des Personalwirtschaftskonzeptes (PWK). Frau Kaltenbach erläutert hierzu, dass es sich hierbei um Maßnahmen handle, die unverzichtbar seien, um eine Genehmigungsfähigkeit zu erlangen.

Frau Kaltenbach beantwortet die Frage der Frau Gießwein zur Beurlaubung dahingehend, dass diese dann genehmigt würden, wenn MitarbeiterInnen dies beantragten.

Hierbei könne es zu Arbeitsverdichtungen bei anderen MitarbeiterInnen kommen.

Des Weiteren erkundigt sich Frau Gießwein, inwieweit beim Stellenabbau auch die Reduzierung von Sachkosten erreicht werden können.

Frau Kaltenbach führt hierzu aus, dass die Sachkosten, die mit einem Arbeitsplatz unmittelbar verbunden sind, bei sinkenden Stellenanteilen ebenfalls reduziert werden können und daher auch zu Einsparungen führten.

Herr Schwunk bezieht sich auf die auf Seite 8 des PWKs angeführten Abfindungszahlungen und fragt nach, ob es bereits derartige Abstimmungsgespräche mit der Aufsicht gegeben habe.

Frau Kaltenbach erläutert, dass bisher keine Abfindungszahlungen geleistet wurden, die Kommunalaufsicht aber signalisiert habe, dass sie derartigen Plänen grundsätzlich positiv gegenüberstehe.

Herr Stobbe führt zum Thema „PWK“ aus, dass es sich bei diesem um ein Werk handle, dass sich aufgrund der stets neu eintretenden Veränderungen in ständiger Fortschreibung befinde. Gesprächsgrundlage mit der Aufsicht seien und bleiben die vorgegebenen 2 Mio. Euro Personalkosteneinsparungen. Die Aufsicht schaue sich immer von Seiten des Gesamtergebnisses an, ob die Entwicklung insgesamt den Vorgaben entspreche.

Währenddessen überlege die Verwaltung bei jeder sich abzeichnenden Veränderung alle etwaigen ggf. auch vorzeitig zu realisierenden Möglichkeiten. Grundlage bleibe aber nach wie vor der im Ältestenrat vorgestellte Neuzuschnitt der Dezernate.

Frau Kaltenbach beantwortet eine Frage von Herrn Feldmann zum Einsparungspotential durch Förderung der Entgeltumwandlung.

Herr Dr. Bockelmann erkundigt sich nach einem ggf. existierenden Personalentwicklungs- und Fortbildungskonzept, um ggf. Stellen mit MitarbeiterInnen durch Höherqualifikation aus den eigenen Reihen besetzen zu können.

Bürgermeister Stobbe räumt ein, dass man ein derartiges Konzept so konkret noch nicht vorweisen könne, es zukünftig aber entwickeln wolle.

Es schließt sich eine kontroverse Erörterung über das weitere Vorgehen mit den jeweiligen Fortschreibungen des PWKs und erforderlichen Beschlussfassungen an.

Da die bislang von der Politik beschlossene Fortschreibung nur bis 2017 gelte und nach Änderung des § 76 GO NRW bis 2022 zu erweitern war, soll nun durch Beschlussfassung über Vorlage 181/2011/1 der Beschluss über das erweiterte PWK bis 2022 erfolgen.

Die abschließende Beschlussfassung erfolgt im März 2012 mit dem Haushalt.

Da versehentlich in der Ergänzungsvorlage 181/2011/1 der Beschlussvorschlag aus der Ursprungsvorlage nicht mitkopierte wurde, verliest Bürgermeister Stobbe vor Aufruf zur Abstimmung den genauen Wortlaut, der zur Beschlussfassung steht.

Beschluss:

Dem Personalwirtschaftskonzept 2011 – 2022 wird grundsätzlich zugestimmt. Den im Rahmen der Haushaltsberatungen zuständigen Gremien wird ebenfalls Zustimmung empfohlen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

8	Antrag der FDP-Fraktion vom 02.11.2011 - Fortführung der Planungen zur B 483 n	214/2011
----------	---	-----------------

Herr Feldmann bemängelt den vorgesehenen Beschluss. Werden die Planungen fortgeführt, so erstrecken sich diese nur bis zur B 7.

Seiner Ansicht nach ergeben sich für die Innenstadt ganz andere Verkehrsströme, wenn die Planungen nicht über die B 7 hinaus fortgeführt werden.

Bürgermeister Stobbe fragt, woraus Herr Feldmann ableite, dass die Planungen nur bis zur B 7 gehen und erwidert, dass dies nicht Gegenstand der Diskussion und Planungen sei.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (bzw. Rat) befürwortet die dringende Notwendigkeit der Fortführung der Planungen und des weiteren Ausbaus der B 483 n.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	1

9	6. Änderungssatzung zur Satzung des VHS-Zweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW	199/2011/1
----------	--	-------------------

Herr Flüshöh erklärt, dass ihm der unter Punkt 2 des Beschlussvorschlages erwähnte Mehrwert nicht so ganz ersichtlich sei und beantragt getrennte Abstimmung über Punkt 1 und 2 der Vorlage.

Herr Schwunk erkundigt sich, ob man für 2012 schon konkret sagen könne, wie sich die Änderung auswirke.

Der Bürgermeister erläutert, dass der bestehende Verteilungsschlüssel nur für ein Jahr bestimmt werde und dann von den Mitgliedern neu zu diskutieren sei.

Erste hierzu geführte Gespräche zeichnen jedoch ab, dass sich die Situation für Schwelm positiver darstellen werde.

Herr Stobbe sichert der Politik eine zeitnahe Information über den ausgehandelten Verteilerschlüssel zu.

Anschließend ruft er unter Bezugnahme auf den Antrag des Herrn Flüshöh zur Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussvorschlages auf.

Beschluss:

Zu 1.)

Die Satzung des Volkshochschulzweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 7. Juni 2010 wird wie folgt geändert:

§ 12 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Soweit der Finanzbedarf des Zweckverbandes nicht aus Teilnehmergebühren und sonstigen Einnahmen gedeckt wird, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage.

Die Verteilung der jährlichen Umlage wird auf der Basis der bisherigen bis zum Jahr 2010 festgelegten Verbandsumlage zwischen den Mitgliedsstädten für das Jahr 2011 fortgeschrieben:

Stadt Breckerfeld	3,54%
Stadt Ennepetal	16,42%
Stadt Gevelsberg	38,62%
Stadt Schwelm	27,05%
Stadt Sprockhövel	14,37%

Die Umlage wird fällig in gleichen Teilbeträgen am 01.02. und 01.08.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Dann bittet er um Abstimmung über Punkt 2 des Beschlussvorschlages.

Beschluss:

Zu 2.)

Die Satzung des Volkshochschulzweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 7. Juni 2010 wird wie folgt geändert:

§ 12 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbandes finden die Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe sinngemäß Anwendung. Er führt seine Rechnung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung. Die Buchführung entspricht den handelsrechtlichen Grundsätzen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	5

Der Beschluss gilt als Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs.1 Satz 1 GO NRW.

10	Änderung der Satzung der Stadt Schwelm über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen, Tagespflege und OGS	206/2011
-----------	---	-----------------

Frau Gießwein erläutert, warum die Fraktion B'90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Sie sei grundsätzlich der Meinung, dass Kindergartenplätze kostenlos sein sollten.

Dieser Auffassung schließt sich auch Herr Feldmann an.

Herr Schwunk äußert zu dieser Haltung Bedenken, da es sich dann um zusätzliche freiwillige Leistungen handeln würde, die die Stadt aufgrund der Haushaltssituation aus rechtlicher Sicht nicht umsetzen dürfte.

Beschluss:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Änderung der Satzung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und OGS wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	15
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

11	Modellvorhaben "Kommunale Präventionsketten" des Landes NRW mit Beratung des Antrags des CDU- Fraktion vom 11.10.2011	207/2011
-----------	--	-----------------

Bürgermeister Stobbe erkundigt sich, ob der CDU-Antrag noch Gegenstand der Beratungen sein soll, da der CDU-Vertreter im JHA erklärt habe, dass der Antrag aufgrund der bereits von der Verwaltung vorgetragenen Erläuterungen in der Sache selbst erledigt sei und zurückgezogen werde.

Herr Philipp gibt zu bedenken, dass der CDU-Antrag mit seiner Aussage auf der 2. Seite über „Kommunale Präventionsketten“ als Ergänzung oder Alternative zum SPD-Antrag gesehen werden könnte und nicht durch die Ausführungen der Verwaltung direkt obsolet sein sollte.

Er erläutert nochmals, auf welchen Teil des CDU-Antrags er Bezug nimmt und schildert die Aspekte für die Antragstellung der SPD. Hierzu zitiert er aus verschiedenen Vorlagen der Verwaltung, um darzustellen, dass bestimmte Aspekte der präventiven Arbeit bereits umgesetzt sind. Darauf aufsetzend könnte die Teilnahme an dem Modellprojekt „Kommunale Präventionsketten“ angestrebt werden.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass das Zeitfenster für eine Antragstellung bis zum 15.12.2011 sehr knapp sei und man im JHA den Konsens erzielt habe, dass ein derartiges Projekt sehr schwierig sei und schlechte Erfolgsaussichten habe. Besser wäre es, wenn man dem Vorschlag des Vorsitzenden des JHA folge und die Vorarbeiten in Ruhe angehen könnte.

Herr Eibert teilt mit, dass die Anträge der SPD und CDU mit Darstellung der Sicht der Verwaltung in einer weiteren Vorlage für den Hauptausschuss und Rat im Dezember 2011 nochmals aufgegriffen werden.

Herr Flüshöh erklärt, dass man sich dann noch mal mit der Thematik befassen könne und betont, dass man trotz erheblicher präventiver Mittel im kommunalen Bereich Probleme mit enorm wachsenden Soziallasten habe.

Die Landesregierung führe derzeit ein Projekt zur Ermittlung der Effektivität präventiver Maßnahmen in der Sozialpolitik durch.

Im übrigen müsse nicht bedeuten, dass man das Thema generell nicht angehe, nur weil man sich ggf. am Modellprojekt des Landes nicht beteilige.

12	Mündlicher Bericht der Verwaltung zur Einrichtung eines Behindertenbeirates	
-----------	--	--

Herr Eibert informiert, dass in der nächsten Hauptausschuss- und Ratssitzung von der Verwaltung im Wege einer Beschlussvorlage ein Vorschlag unterbreitet werde, zum Thema Mitwirkung behinderter Menschen in Schwelm eine Satzung zu erlassen und einen Behindertenbeirat zu gründen. In den Behindertenbeirat sollen keine Mitglieder der politischen Parteien einbezogen werden.

Auf Nachfrage des Herrn Philipp zu der Begrenzung der Mitgliederzahl und Beteiligung nichtorganisierter Bürger sowie Sozialverbände antwortet Herr Stobbe, dass dazu ein Papier in Vorbereitung sei, dass mit der Einladung zur Sitzung des Hauptausschuss zugesandt werde.

Herr Flüshöh erkundigt sich, wie die Gremien in die Abläufe eingebunden werden.

Herr Stobbe erläutert, dass die Satzung, die in der nächsten Sitzung Gegenstand der Beratungen sein werde, einige Regelungen enthalte und man diese abwarten solle.

Herr Philipp bittet, nachstehende Anmerkung der SPD zum Protokoll zu nehmen:

Neben der Satzung muss die Besetzung geklärt werden.

Folgende Aspekte halten wir für bedenkenswert:

- *keine Beteiligung von Mitgliedern der Fraktionen des Rates in dieser Funktion (einhellige Meinung der befragten Fraktionsteilnehmer an der Sitzung im Jugendzentrum)*
- *Begrenzung der Zahl der Mitglieder (10 oder wenige mehr)*
- *auch nicht organisierte behinderte Bürgerinnen und Bürger sollen Mitglieder des Beirates sein*
- *es sollen in der Stadt Schwelm vorhandene Organisationen im Beirat vertreten sein*

Im Beirat sollen vertreten sein:

- *Lebenshilfe*
- *Sozialverband*
- *?*

13	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	
-----------	--	--

Herr Philipp schildert den Besuch einer älteren Dame mit ihrer Enkelin in der Fraktionssprechstunde der SPD, die sich zu der Einhaltung und Kontrolle des Rauchverbotes in Schwelm erkundigte und der er gerne eine Antwort zukommen lassen möchte.

Herr Schweinsberg erläutert, dass die Einhaltung des Rauchverbots in Schwelm nicht kontinuierlich kontrolliert aber bei einem Hinweis diesem nachgegangen werde.

Veröffentlichung eines Beschlusses aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung:

Zu TOP B 4	Planung des Ausbaus von Plätzen in Kindertagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren	208/2011
------------	---	----------

Beschluss:

Das vorliegende Ausbaukonzept wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die begonnenen Gespräche mit potentiellen Trägern fortzusetzen und Vereinbarungen entsprechend des Ausbaukonzeptes abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	15
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

NB: Herr Flühöh

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 12 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 18.11.2011	Schriftführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------